

Die AfA-Reinickendorf möge beschließen:
Die KDV-Reinickendorf möge beschließen:
Der Landesparteitag möge beschließen:

Unterstützung der Vergesellschaftungsinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“

Die AfA Reinickendorf begrüßt die von SPD angestoßene Gesetzesinitiative des Berliner Senats zum Mietendeckel. Dieser kann relativ schnell wirksam sein. Neben deckeln, bauen und kaufen halten wir die Vergesellschaftungsinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ für eine sinnvolle Ergänzung. Die Berliner SPD soll sich dieser Initiative anschließen und alle erforderlichen Maßnahmen zur erfolgreichen Durchsetzung der Vergesellschaftung nach Artikel 15 GG unterstützen.

Begründung:

Die Vergesellschaftung von Grund und Boden nach Artikel 15 GG („Grund und Boden ... und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“) ist eine ursozialdemokratische Forderung. Schon die Weimarer Reichsverfassung von 1919 enthielt entsprechende Regelungen. Auf dem Mietmarkt ist die Marktmacht ungleich verteilt. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum in den Ballungszentren (u. a. Berlin) haben die Vermieter (Angebot) eine hohe Machtstellung, die bestimmte Unternehmen missbräuchlich ausnutzen. Da Wohnen ein existenzielles Recht ist, sollte es keine Ware sein (Artikel 28 der Berliner Verfassung = „Jeder Mensch hat das **Recht** auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung [unsere Forderung nach Neubau von Wohnungen] und **Erhaltung** von **angemessenem** Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen...“). Zur Erhaltung von Wohnraum halten wir die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen (ab einer bestimmten Größe) und Überführung in eine Wohnungsanstalt öffentlichen Rechtes oder einer ähnlichen gemeinwirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Konstruktion für notwendig. Mit der Unterstützung der Vergesellschaftungsinitiative bestimmen wir in Berlin wieder den gesellschaftlichen Diskurs.